20.089 n BVG-Reform

Geltendes Recht

Entwurf des Bundesrates

Anträge der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates

vom 25. November 2020

vom 28. Oktober 2021

*Zustimmung zum Entwurf,
wo nichts vermerkt ist*

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Reform BVG 21)

Änderung vom ...

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen
Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates
vom 25. November 2020¹,
beschliesst:*

¹ BBl 2020 9809

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

|

Das Bundesgesetz vom 25. Juni 1982² über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge wird wie folgt geändert:

|

Art. 2 Obligatorische Versicherung der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen

Art. 2

¹ Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr überschritten haben und bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 21 510 Franken beziehen (Art. 7), unterstehen der obligatorischen Versicherung.

² Ist der Arbeitnehmer weniger als ein Jahr lang bei einem Arbeitgeber beschäftigt, so gilt als Jahreslohn der Lohn, den er bei ganzjähriger Beschäftigung erzielen würde.

³ Bezüger von Taggeldern der Arbeitslosenversicherung unterstehen für die Risiken Tod und Invalidität der obligatorischen Versicherung.

⁴ Der Bundesrat regelt die Versicherungspflicht für Arbeitnehmer in Berufen mit häufig wechselnden oder befristeten Anstellungen. Er bestimmt, welche Arbeitnehmer aus besonderen Gründen nicht der obligatorischen Versicherung unterstellt sind.

Mehrheit

¹ Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr überschritten haben und bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 12 548 Franken beziehen (Art. 7), ...

(siehe Art. 7 Abs. 1 und Art. 46 Abs. 1)

Minderheit (de Courten, Amaudruz, Glarner, Gutjahr, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)

¹ *Gemäss geltendem Recht* (siehe Art. 7 Abs. 1 und Art. 46 Abs. 1)

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission
des Nationalrates****Art. 7** Mindestlohn und
Alter**Art. 7****Mehrheit**

1 Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 12 548 Franken beziehen, ...

(siehe Art. 2 Abs. 1, ...)

Minderheit (de Courten, ...)

1 Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 21 510 Franken beziehen, ...

(=gemäss geltendem Recht)

(siehe Art. 2 Abs. 1, ...)

Mehrheit

..., unterstehen ab 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres für die Risiken Tod und Invalidität, ab 1. Januar nach Vollendung des 19. Altersjahres auch für das Alter der obligatorischen Versicherung.

Minderheit I (Roduit, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Meyer Mattea, Porchet, Prelicz-Huber, Weichelt, Wyss)

..., unterstehen ab 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres für die Risiken Tod und Invalidität, ab 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres auch für das Alter der obligatorischen Versicherung.

Minderheit II (Gysi Barbara, Feri Yvonne, Maillard, Meyer Mattea, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt, Wettstein)

..., unterstehen ab 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres für die Risiken Tod und Invalidität, ab 1. Januar nach Vollendung des 24. Altersjahres auch für das Alter der obligatorischen Versicherung.
(=gemäss geltendem Recht)

² Dieser Lohn entspricht dem massgebenden Lohn nach dem Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG). Der Bundesrat kann Abweichungen zulassen.

Geltendes Recht	Bundesrat	Kommission des Nationalrates			
		Mehrheit	Minderheit I (Roduit, Hess Lorenz, Humbel, Lohr)	Minderheit II (de Courten, Aeschi Thomas, Amaudruz, Glarner, Herzog Verena, Röstli, Schläpfer)	Minderheit III (Mettler, Dobler, Matter Michel, Moret Isabelle, Nantermod, Silberschmidt)
Art. 8 Koordinierter Lohn	Art. 8 Abs. 1 und 2	Art. 8			Art. 8 Versicherter Lohn
¹ Zu versichern ist der Teil des Jahreslohnes von 25 095 bis und mit 86 040 Franken. Dieser Teil wird koordinierter Lohn genannt.	¹ Zu versichern ist der Teil des Jahreslohnes von 12 443 bis 85 320 Franken. Dieser Teil wird koordinierter Lohn genannt.		¹ Unterstehen Arbeitnehmer der obligatorischen Versicherung nach Artikel 2 Absatz 1, so ist der koordinierte Lohn versichert. Dieser berechnet sich, indem vom Teil des Jahreslohns bis 86 040 Franken (oberer Grenzbetrag) ein Koordinationsabzug von 40 Prozent abgezogen wird.	¹ Unterstehen Arbeitnehmer der obligatorischen Versicherung nach Artikel 2 Absatz 1, so ist der koordinierte Lohn versichert. Dieser berechnet sich, indem vom Teil des Jahreslohns bis 86 040 Franken (oberer Grenzbetrag) ein Koordinationsabzug von 60 Prozent abgezogen wird.	¹ Zu versichern ist der Jahreslohn bis zum Betrag von 86 040 Franken (versicherter Lohn).
² Beträgt der koordinierte Lohn weniger als 3585 Franken im Jahr, so muss er auf diesen Betrag aufgerundet werden.	² <i>Aufgehoben</i>		² Der Koordinationsabzug entspricht höchstens 75 Prozent der maximalen Altersrente der AHV.	² Der Koordinationsabzug entspricht höchstens 75 Prozent der maximalen Altersrente der AHV.	² <i>Aufgehoben</i>
³ Sinkt der Jahreslohn vorübergehend wegen Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Mutterschaft, Vaterschaft oder aus ähnlichen Gründen, so behält der bisherige koordinierte Lohn mindestens so lange Gültigkeit, als die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers nach Artikel 324a des Obligationenrechts (OR) bestehen würde oder ein Mutterschaftsurlaub nach Artikel 329f OR oder ein Vaterschaftsurlaub nach Artikel 329g OR dauert. Die versicherte Person kann jedoch die Herabsetzung des koordinierten Lohnes verlangen.					³ Sinkt der Jahreslohn vorübergehend wegen Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Mutterschaft, Vaterschaft oder aus ähnlichen Gründen, so behält der bisherige versicherte Lohn mindestens so lange Gültigkeit, als die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers nach Artikel 324a des Obligationenrechts (OR) bestehen würde oder ein Mutterschaftsurlaub nach Artikel 329f OR oder ein Vaterschaftsurlaub nach Artikel 329g OR dauert. Die versicherte Person kann jedoch die Herabsetzung des versicherten Lohnes verlangen. <i>(In der Folge ist der Ausdruck «koordinierter Lohn» in folgenden Bestimmungen durch den Ausdruck «versicherter Lohn» zu ersetzen: Art. 9, Art. 16, Art. 24 Abs. 4, Art. 58 Abs. 1, Art. 86b Abs. 1 Bst. a.)</i>

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 10** Beginn und Ende der obligatorischen Versicherung*Art. 10 Abs. 2 Bst. a*

¹ Die obligatorische Versicherung beginnt mit dem Antritt des Arbeitsverhältnisses, für Bezüger von Taggeldern der Arbeitslosenversicherung mit dem Tag, für den erstmals eine Arbeitslosenentschädigung ausgerichtet wird.

² Unter Vorbehalt von Artikel 8 Absatz 3 endet die Versicherungspflicht, wenn:

- a. das ordentliche Rentenalter erreicht wird (Art. 13);
- b. das Arbeitsverhältnis aufgelöst wird;
- c. der Mindestlohn unterschritten wird;
- d. der Anspruch auf Taggelder der Arbeitslosenversicherung endet.

³ Für die Risiken Tod und Invalidität bleibt der Arbeitnehmer während eines Monats nach Auflösung des Vorsorgeverhältnisses bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung versichert. Wird vorher ein neues Vorsorgeverhältnis begründet, so ist die neue Vorsorgeeinrichtung zuständig.

² Unter Vorbehalt von Artikel 8 Absatz 3 endet die Versicherungspflicht, wenn:

- a. das ordentliche Rentenalter erreicht wird (Art. 13 Abs. 1);

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 14** Höhe der Altersrente**Art. 14 Abs. 2, 2^{bis} und 3****Art. 14**

¹ Die Altersrente wird in Prozenten des Altersguthabens (Umwandlungssatz) berechnet, das der Versicherte bei Erreichen des Rentenalters erworben hat.

² Der Mindestumwandlungssatz beträgt 6,8 Prozent für das ordentliche Rentenalter 65 von Frau und Mann.

² Der Mindestumwandlungssatz beträgt 6,0 Prozent für das ordentliche Rentenalter (Art. 13 Abs. 1).

^{2bis} Der Bundesrat legt die Mindestumwandlungssätze für den Bezug von Altersleistungen vor und nach dem ordentlichen Rentenalter fest.

³ Der Bundesrat unterbreitet ab 2011 mindestens alle zehn Jahre einen Bericht über die Festlegung des Umwandlungssatzes in den nachfolgenden Jahren.

³ Er unterbreitet der Bundesversammlung mindestens alle fünf Jahre einen Bericht, den er unter Einbezug der Sozialpartner erstellt. Der Bericht enthält die Grundlagen für die Festlegung des Mindestumwandlungssatzes in den folgenden Jahren.

Mehrheit

³ Er unterbreitet der Bundesversammlung mindestens alle fünf Jahre einen Bericht, den er unter Einbezug der Sozialpartner, der Schweizerischen Kammer der Pensionskassen-Experten sowie des Schweizerischen Pensionskassenverbands erstellt. Der Bericht enthält die Grundlagen für die Festlegung des Mindestumwandlungssatzes in den folgenden Jahren. Der Bericht wird erstellt auf der Grundlage der Daten der 2. Säule (obligatorischer Teil), die jährlich über die Kapitalrendite, die Verwaltungskosten, die Reserven und den Deckungsgrad jeder Vorsorgeeinrichtung veröffentlicht werden.

Minderheit I (Prelicz-Huber, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Mäder, Mettler, Meyer Mattea, Porchet, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

³ *Gemäss Bundesrat*

Minderheit II (Mettler, Mäder)

³ Er unterbreitet der Bundesversammlung mindestens zu jedem Legislaturbeginn einen Bericht zur Beratung, den er unter Einbezug der Sozialpartner erstellt. Der Bericht enthält Entscheidungsgrundlagen zu den relevanten Parametern der beruflichen Vorsorge.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 15** Altersguthaben

¹ Das Altersguthaben besteht aus:

- a. den Altersgutschriften samt Zinsen für die Zeit, während der der Versicherte der Vorsorgeeinrichtung angehört hat, oder längstens bis zum Erreichen des ordentlichen Rentenalters;
- b. den Altersguthaben samt Zinsen, die von den vorhergehenden Einrichtungen überwiesen und dem Versicherten gutgeschrieben worden sind;
- c. den Rückzahlungen von Vorbezügen nach Artikel 30d Absatz 6;
- d. den Beträgen, die im Rahmen eines Vorsorgeausgleichs nach Artikel 22c Absatz 2 FZG überwiesen und gutgeschrieben worden sind;
- e. den Beträgen, die im Rahmen eines Wiedereinkaufs nach Artikel 22d Absatz 1 FZG gutgeschrieben worden sind.

² Der Bundesrat legt den Mindestzins fest. Dabei berücksichtigt er die Entwicklung der Rendite marktgängiger Anlagen, insbesondere der Bundesobligationen, sowie zusätzlich der Aktien, Anleihen und Liegenschaften.

³ Der Bundesrat überprüft den Mindestzinssatz mindestens alle zwei Jahre. Er konsultiert dabei die Eidgenössische Kommission für berufliche Vorsorge und die Sozialpartner.

⁴ Er regelt die Festlegung des Anteils des Altersguthabens am gesamten Vorsorgeguthaben in Fällen, in denen dieser Anteil nicht mehr ermittelt werden kann.

Art. 15**Mehrheit**

¹ ...

Minderheit (Prelicz-Huber, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Meyer Mattea, Porchet, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

- f. den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften analog des AHVG.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 16**Alters-
gutschriften**Art. 16**Alters-
gutschriften**Art. 16****Mehrheit****Minderheit I**(Gysi Barbara,
Feri Yvonne, Humbel,
Lohr, Maillard, Meyer
Mattea, Prelicz-Huber,
Wasserfallen Flavia,
Weichelt, Wettstein)**Minderheit II**

(Roduit, Humbel, Lohr)

Minderheit III(de Courten, Aeschi
Thomas, Amaudruz,
Glärner, Herzog Verena,
Rösti, Schläpfer)**Minderheit IV**(Aeschi Thomas,
de Courten, Glärner,
Herzog Verena, Rösti,
Schläpfer)

Die Altersgutschriften werden jährlich in Prozenten des koordinierten Lohnes berechnet. Dabei gelten folgende Ansätze:

Die Altersgutschriften werden jährlich in Prozenten des koordinierten Lohnes berechnet. Dabei gelten folgende Sätze:

...

1 ...

Altersjahr	Ansatz in Prozenten des koordinierten Lohnes	Altersjahr	Satz in Prozenten des koordinierten Lohnes	Altersjahr	Satz in Prozenten des koordinierten Lohnes	Altersjahr	Satz in Prozenten des koordinierten Lohnes	Altersjahr	Satz in Prozenten des koordinierten Lohnes	Altersjahr	Satz in Prozenten des koordinierten Lohnes	Altersjahr	Satz in Prozenten des koordinierten Lohnes
25–34	7	25 – 44	9,0	20 – 44	9,0	20 – 24	5,0	21 – 24	5,0	20 – 24	9,0	20 – 34	9,0
35–44	10	45 – ordentliches Rentenalter	14,0	45 – ordentliches Rentenalter	14,0	25 – 44	9,0	25 – 34	9,0	25 – 34	9,0	Ab 35	15,0
45–54	15					Ab 45	14,0	35 – 44	12,0	35 – 44	12,0		
55–65	18							Ab 45	14,0	Ab 45	16,0		

Mehrheit**Minderheit** (Nantermod,
Dobler, Moret Isabelle,
Sauter)

² Für Personen, die ab [dem auf das Inkrafttreten dieser Reform folgende Jahr] das 20. Altersjahr vollenden, beträgt der Satz 11,7 Prozent.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Art. 33a Weiterversicherung
des bisherigen
versicherten
Verdienstes

¹ Die Vorsorgeeinrichtung kann in ihrem Reglement vorsehen, dass für Versicherte, deren Lohn sich nach dem 58. Altersjahr um höchstens die Hälfte reduziert, auf Verlangen der versicherten Person die Vorsorge für den bisherigen versicherten Verdienst weitergeführt wird.

² Die Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes kann höchstens bis zum ordentlichen reglementarischen Rentenalter erfolgen.

³ Die Beiträge zur Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes sind von der Beitragsparität nach den Artikeln 66 Absatz 1 dieses Gesetzes und 331 Absatz 3 OR ausgenommen. Das Reglement kann Beiträge des Arbeitgebers für diese Weiterversicherung nur mit dessen Zustimmung vorsehen.

Mehrheit

Art. 33a

*Aufgehoben
(siehe Art. 47a^{bis})*

Minderheit (Meyer Mattea, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Humbel, Lohr, Maillard, Porchet, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

*Gemäss geltendem Recht
(siehe Art. 47a^{bis})*

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 44** Recht auf
 Versicherung

¹ Selbständigerwerbende können sich bei der Vorsorgeeinrichtung ihres Berufes oder ihrer Arbeitnehmer versichern lassen.

² Wer sich nicht bei einer Vorsorgeeinrichtung versichern lassen kann, ist berechtigt, sich bei der Auffangeinrichtung versichern zu lassen.

Art. 44

¹ Selbständigerwerbende können sich bei folgenden Vorsorgeeinrichtungen versichern lassen, sofern die Grundsätze der beruflichen Vorsorge nach Artikel 1 Absatz 3 stets eingehalten werden:

- a. der Vorsorgeeinrichtung ihres Berufes;
- b. der Vorsorgeeinrichtung ihrer Arbeitnehmer;
- c. einer anderen Vorsorgeeinrichtung, die dies in ihrem Reglement vorsieht.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Art. 46 Erwerbstätigkeit im
Dienste mehrerer
Arbeitgeber

¹ Der nicht obligatorisch versicherte Arbeitnehmer, der im Dienste mehrerer Arbeitgeber steht und dessen gesamter Jahreslohn 21 510 Franken übersteigt, kann sich entweder bei der Auffangeinrichtung oder bei der Vorsorgeeinrichtung, der einer seiner Arbeitgeber angeschlossen ist, freiwillig versichern lassen, sofern deren reglementarische Bestimmungen es vorsehen.

² Ist der Arbeitnehmer bereits bei einer Vorsorgeeinrichtung obligatorisch versichert, kann er sich bei ihr, falls ihre reglementarischen Bestimmungen es nicht ausschliessen, oder bei der Auffangeinrichtung für den Lohn zusätzlich versichern lassen, den er von den anderen Arbeitgebern erhält.

Art. 46

Mehrheit

¹ Der Arbeitnehmer, der im Dienste mehrerer Arbeitgeber steht und dessen gesamter Jahreslohn 12 548 Franken übersteigt, versichert sich entweder bei der Auffangeinrichtung, bei der Vorsorgeeinrichtung, der einer seiner Arbeitgeber angeschlossen ist, oder bei einer Vorsorgeeinrichtung seines Berufsverbandes, sofern deren reglementarische Bestimmungen es vorsehen.

(siehe Art 2 Abs. 1, ...)

^{2bis} Ist der Arbeitnehmer bei mehreren Arbeitgebern obligatorisch versichert, kann er sich bei der Auffangeinrichtung für die mehr als einmal in Abzug gebrachten Koordinationsbeträge gemäss Artikel 8 sowie Löhne von Arbeitgebern, bei denen der Arbeitnehmer nicht obligatorisch versichert ist, gegen das Risiko Alter versichern.

Minderheit I (de Courten ...)

¹ ...
... und dessen gesamter Jahreslohn 21 510 Franken übersteigt ...

(siehe Art 2 Abs. 1, ...)

Minderheit II (de Courten, Aeschi Thomas, Amaudruz, Glarner, Röstli, Rüegger, Schläpfer)

¹ Der nicht obligatorisch versicherte Arbeitnehmer, der im Dienste mehrerer Arbeitgeber ...
... übersteigt, kann sich entweder bei der Auffangeinrichtung, bei der Vorsorgeeinrichtung, der einer seiner Arbeitgeber angeschlossen ist, oder bei einer Vorsorgeeinrichtung seines Berufsverbandes freiwillig versichern lassen, sofern deren reglementarische Bestimmungen es vorsehen.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

³ Dem Arbeitnehmer, der Beiträge direkt an eine Vorsorgeeinrichtung bezahlt, schuldet jeder Arbeitgeber jeweils die Hälfte der Beiträge, die auf den bei ihm bezogenen Lohn entfallen. Die Höhe des Arbeitgeberbeitrages ergibt sich aus einer Bescheinigung der Vorsorgeeinrichtung.

⁴ Die Vorsorgeeinrichtung übernimmt auf Begehren des Arbeitnehmers das Inkasso gegenüber den Arbeitgebern.

Mehrheit

Art. 47a^{bis} Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes

¹ Die Vorsorgeeinrichtung kann in ihrem Reglement vorsehen, dass für Versicherte, deren Lohn sich um höchstens zwei Drittel reduziert, auf Verlangen der versicherten Person die Vorsorge für den bisherigen versicherten Verdienst weitergeführt wird.

² Die Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes kann höchstens bis zum ordentlichen reglementarischen Rentenalter erfolgen.

³ Die Beiträge zur Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes sind von der Beitragsparität nach den Artikeln 66 Absatz 1 dieses Gesetzes und 331 Absatz 3 OR ausgenommen. Das Reglement kann Beiträge des Arbeitgebers für diese Weiterversicherung nur mit dessen Zustimmung vorsehen.
(siehe Art. 33a)

Minderheit (Meyer Mattea, ...)

Streichen
(siehe Art. 33a)

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Mehrheit**

Minderheit I (de Courten, Aeschi Thomas, Amaudruz, Glarner, Herzog Verena, Humbel, Roduit, Rösti, Schläpfer)

Minderheit II (Mettler, Aebischer Matthias, Gysi Barbara, Mäder, Maillard, Moret Isabelle, Porchet, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt, Widmer Céline)

Minderheit III (Maillard, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Mäder, Mettler, Meyer Mattea, Moret Isabelle, Porchet, Weichelt, Wyss)

Gliederungstitel vor Art. 47b

2a. Teil: Zuschlag zur Alters- und zur Invalidenrente

Vierter Titel: Erhöhung der Altersrente für Personen der Übergangsgeneration

2a. Teil: Streichen

2a. Teil: Zuschlag zur Alters- und zur Invalidenrente für Personen der Übergangsgeneration

2a. Teil: Gemäss Bundesrat

(siehe Art. 47b – Art. 47i, Art. 56 Abs. 1 Bst. a, Art. 58, Art. 89d, Übergangsbestimmungen Bst. a Abs. 2, Bst. b und c)

(siehe Art. 47b – Art. 47i, Art. 56 Abs. 1 Bst. a, Art. 58, Art. 89d, Übergangsbestimmungen Bst. a Abs. 2, Bst. b und c)

(siehe Art. 47b – Art. 47i, Art. 56 Abs. 1 Bst. a, Art. 58, Art. 89d, Übergangsbestimmungen Bst. a Abs. 2, Bst. b und c)

(siehe Art. 47b – Art. 47i, Art. 56 Abs. 1 Bst. a, Art. 58, Art. 89d, Übergangsbestimmungen Bst. a Abs. 2, Bst. b und c)

Art. 47b Grundsatz

¹ Bezüger einer Alters- oder Invalidenrente haben Anspruch auf einen Rentenzuschlag.

² Dieser Zuschlag ist unabhängig von der Höhe der Rente.

³ Der Zuschlag wird durch Beiträge von Arbeitgebern und Versicherten finanziert.

Art. 47b Übergangsgeneration

Der Übergangsgeneration gehören Frauen der Jahrgänge [Jahr des Inkrafttretens – 64 bis Jahr des Inkrafttretens – 50] und Männer der Jahrgänge [Jahr des Inkrafttretens – 65 bis Jahr des Inkrafttretens – 51] an.

Art. 47b Grundsätze

¹ Personen der Übergangsgeneration, die eine Alters- oder Invalidenrente beziehen, haben Anspruch auf einen Rentenzuschlag.

^{1bis} Der Übergangsgeneration gehören Frauen der Jahrgänge [Jahr des Inkrafttretens – 64 bis Jahr des Inkrafttretens – 45] und Männer der Jahrgänge [Jahr des Inkrafttretens – 65 bis Jahr des Inkrafttretens – 46] an.

² Der Rentenzuschlag ist unabhängig von der Höhe der Rente.

³ Er wird durch Beiträge von Arbeitgebern und Versicherten finanziert.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

		(Mehrheit)	(Minderheit I (de Courten, ...))	(Minderheit II (Mettler, ...))	(Minderheit III (Maillard, ...))
Art. 47c	Anspruch auf den Zuschlag zur Altersrente	Art. 47c Anspruch auf Erhöhung der Altersrente			
	1 Anspruch auf den Zuschlag zur Altersrente haben Personen, die:	1 Anspruch auf eine Erhöhung ihrer nach Artikel 14 berechneten Altersrente haben Personen der Übergangsgeneration, die:			<i>Gemäss Bundesrat, aber:</i>
	a. bei Beginn des Rentenbezugs in einer Vorsorgeeinrichtung versichert sind;	a. bei Beginn des Rentenbezugs in einer Vorsorgeeinrichtung versichert sind;			1 ...
	b. das Mindestalter für den Vorbezug der AHV-Altersrente erreicht haben;	b. das Mindestalter für den Vorbezug der AHV-Altersrente erreicht haben;			 haben
	c. während mindestens 15 Jahren als Arbeitnehmer nach Artikel 7 Absatz 1 oder Artikel 46 oder als Selbstständigerwerbende oder Arbeitnehmer nach Artikel 4 Absätze 1 und 2 für das Alter versichert waren;	c. während mindestens 15 Jahren insgesamt und während den 10 Jahren vor der Pensionierung als Arbeitnehmer nach Artikel 7 Absatz 1 oder Artikel 46 oder als Selbstständigerwerbende oder Arbeitnehmer nach Artikel 4 Absätze 1 und 2 für das Alter versichert waren; und			Personen der Übergangsgeneration, die ...
	d. unmittelbar vor dem Beginn des Rentenbezugs während mindestens zehn aufeinanderfolgenden Jahren in der AHV versichert waren; und	d. mindestens 50 Prozent ihrer Altersleistung als Rente beziehen.			
	e. mindestens 50 Prozent ihrer Altersleistung als Rente beziehen.	e. <i>Streichen</i>			
					f. bei Beginn des Rentenbezugs über eine Altersleistung verfügen, die das 18-fache der maximalen jährlichen AHV-Altersrente nicht überschreitet.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****(Mehrheit)****(Minderheit I (de Courten, ...))****(Minderheit II (Mettler, ...))****(Minderheit III (Maillard, ...))**

² Das Recht auf den Zuschlag erlischt mit dem Tod der Person, die die Altersrente bezogen hat.

² Das Recht auf die Erhöhung erlischt mit dem Tod der Person, die die Altersrente bezogen hat.

³ Der Bundesrat legt fest, unter welchen Voraussetzungen Versicherungszeiten an die Versicherungsjahre nach Absatz 1 Buchstabe c angerechnet werden. Er regelt den Nachweis der Versicherungsjahre.

³ Der Bundesrat legt fest, unter welchen Voraussetzungen Versicherungszeiten an die Versicherungsjahre nach Absatz 1 Buchstabe c angerechnet werden. Er regelt den Nachweis der Versicherungsjahre.

⁴ Er regelt den Nachweis, dass die Voraussetzung nach Absatz 1 Buchstabe e erfüllt ist.

⁴ Er regelt den Nachweis, dass die Voraussetzung nach Absatz 1 Buchstabe d erfüllt ist.

⁵ Er legt fest, in welchen besonderen Fällen von der Voraussetzung nach Absatz 1 Buchstabe e abgewichen werden kann, namentlich:

⁵ Er legt fest, in welchen besonderen Fällen von der Voraussetzung nach Absatz 1 Buchstabe d abgewichen werden kann, namentlich:

- a. wenn die versicherte Person in mehreren Vorsorgeeinrichtungen versichert ist;
- b. wenn die Vorsorgeeinrichtung die Ausrichtung der Altersleistung überwiegend in Kapitalform vorsieht.

- a. wenn die versicherte Person in mehreren Vorsorgeeinrichtungen versichert ist;
- b. wenn die Vorsorgeeinrichtung die Ausrichtung der Altersleistung überwiegend in Kapitalform vorsieht.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

		(Mehrheit) <i>Art. 47d</i>	(Minderheit I (de Courten, ...))	(Minderheit II (Mettler, ...))	(Minderheit III (Maillard, ...))
<i>Art. 47d</i>	Anspruch auf den Zuschlag zur Invalidenrente	<i>Art. 47d</i>			
	1 Anspruch auf den Zuschlag zur Invalidenrente haben Personen, die:	<i>Streichen</i>		<i>Gemäss Bundesrat, aber:</i>	
	a. eine Invalidenrente einer Vorsorgeeinrichtung beziehen; und			1 ...	... haben
	b. die Voraussetzungen nach Artikel 47c Absatz 1 Buchstaben c–e sinngemäss erfüllen oder ohne den Eintritt der Invalidität bei Weiterarbeit bis zum ordentlichen Rentenalter hätten erfüllen können.			Personen der Übergangsgeneration, die ...	
	2 Keinen Anspruch auf den Zuschlag haben Personen, die eine Invalidenrente nach dem Leistungsprimat beziehen. Wird jedoch aufgrund der reglementarischen Bestimmungen die Invalidenrente bei Erreichen des Rentenalters durch eine tiefere reglementarische Rente abgelöst, so haben sie ab diesem Zeitpunkt Anspruch auf den Zuschlag.			2 ...	... haben Personen der Übergangsgeneration, die ...
	3 Teilinvalide Personen haben Anspruch auf einen halben Zuschlag bei einer Invalidität von mindestens 40 Prozent. Der Anspruch auf einen ganzen Zuschlag besteht bei einer Invalidität von mindestens 60 Prozent.			3 Teilinvalide Personen der Übergangsgeneration haben	...
	4 Das Recht auf den Zuschlag erlischt mit dem Wegfall der Invalidität oder mit dem Tod der Person, die die Invalidenrente bezogen hat.				

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Art. 47e Höhe des Renten-zuschlags

1 Der Bundesrat bestimmt für jedes Kalenderjahr die Höhe des Rentenzuschlags. Vorgängig konsultiert er die Sozialpartner. Die Summe der Zuschläge darf die voraussichtlich dafür zur Verfügung stehenden Mittel nicht übersteigen.

(Mehrheit)

Art. 47e Betrag der Erhöhung der Altersrente

1 Die Erhöhung der Altersrente für die Personen der Übergangsgeneration beträgt pro Jahr für

Männer mit den Jahrgängen:	jährliche Erhöhung der Altersrente:
[Jahr des Inkrafttretens – 61] bis [Jahr des Inkrafttretens – 65]	2400 Franken
[Jahr des Inkrafttretens – 56] bis [Jahr des Inkrafttretens – 60]	1800 Franken
[Jahr des Inkrafttretens – 51] bis [Jahr des Inkrafttretens – 55]	1200 Franken

Frauen mit den Jahrgängen:	jährliche Erhöhung der Altersrente
[Jahr des Inkrafttretens – 60] bis [Jahr des Inkrafttretens – 64]	2400 Franken
[Jahr des Inkrafttretens – 55] bis [Jahr des Inkrafttretens – 59]	1800 Franken
[Jahr des Inkrafttretens – 50] bis [Jahr des Inkrafttretens – 54]	1200 Franken

(Minderheit I (de Courten, ...))**(Minderheit II (Mettler, ...))****(Minderheit III (Maillard, ...))**

1 Für Personen der Übergangsgeneration beträgt der Rentenzuschlag lebenslang:

Männer mit den Jahrgängen	Monatlicher Rentenzuschlag
[Jahr des Inkrafttretens - 65]	200 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 64]	190 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 63]	180 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 62]	170 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 61]	160 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 60]	150 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 59]	140 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 58]	130 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 57]	120 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 56]	110 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 55]	100 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 54]	90 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 53]	80 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 52]	70 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 51]	60 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 50]	50 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 49]	40 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 48]	30 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 47]	20 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 46]	10 Franken

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates
(Mehrheit)****(Minderheit I (de Courten, ...))****(Minderheit II (Mettler, ...))****(Minderheit III (Maillard, ...))**

Frauen mit den Monatlicher
Jahrgängen Rentenzuschlag
[Jahr des Inkrafttretens - 64]
200 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 63]
190 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 62]
180 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 61]
170 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 60]
160 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 59]
150 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 58]
140 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 57]
130 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 56]
120 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 55]
110 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 54]
100 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 53]
90 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 52]
80 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 51]
70 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 50]
60 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 49]
50 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 48]
40 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 47]
30 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 46]
20 Franken
[Jahr des Inkrafttretens - 45]
10 Franken

² Bei einem Vorbezug der Altersrente wird der Zuschlag gekürzt. Der Bundesrat legt die Kürzungssätze nach denselben versicherungstechnischen Grundsätzen wie in der AHV fest.

² Bei einem Vorbezug der Altersrente wird der Betrag der Erhöhung gekürzt. Der Bundesrat legt ...

² Gemäss Bundesrat

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates
(Mehrheit)****(Minderheit I
(de Courten, ...))****(Minderheit II (Mettler, ...))****(Minderheit III
(Maillard, ...))**

Art. 47f Finanzierung des Rentenzuschlags

Art. 47f Finanzierung der Erhöhung der Altersrente

1 Zur Finanzierung des Rentenzuschlags erhebt die Vorsorgeeinrichtung folgende Beiträge:

- a. für Arbeitnehmer, die nach Artikel 7 Absatz 1 oder nach Artikel 46 versichert sind: 0,5 Prozent auf dem massgebenden Lohn nach dem AHVG³, jedoch höchstens auf dem Zehnfachen des oberen Grenzbetrags nach Artikel 8 Absatz 1;
- b. für Selbstständigerwerbende und Arbeitnehmer, die nach Artikel 4 Absätze 1 und 2 versichert sind: 0,5 Prozent auf dem Erwerbseinkommen nach dem AHVG, jedoch höchstens auf dem Zehnfachen des oberen Grenzbetrags nach Artikel 8 Absatz 1.

² Die Beitragspflicht beginnt am 1. Januar nach Vollendung des 24. Altersjahres. Sie endet, sobald die versicherte Person das ordentliche Rentenalter erreicht.

³ Der Arbeitgeber muss mindestens die Hälfte des Beitrags für den Arbeitnehmer bezahlen. Er zieht den

³ SR 831.10

1 Die Vorsorgeeinrichtung finanziert die Erhöhung der Altersrente für anspruchsberechtigte Personen nach Artikel 47c durch eine einmalige Einlage in deren Altersguthaben im Zeitpunkt des Altersrücktritts, soweit die nach Artikel 47e erhöhte Altersrente die reglementarische Rente übersteigt.

² Der Sicherheitsfonds leistet Zuschüsse zur Finanzierung eines Teils der Einlage. Der Zuschuss berechnet sich aus der Differenz zwischen dem Betrag der erhöhten gesetzlichen Rente und dem höheren der folgenden Beträge:

- a. der reglementarischen Altersrente,
- b. der Rente, die sich aus dem Altersguthaben gemäss Artikel 15 und einem Umwandlungssatz von 6,8 Prozent ergibt.

³ Der Bundesrat regelt das Verfahren zur Berechnung und Vergütung der Zuschüsse.

Minderheit IV (Maillard, Aebischer Matthias, Gysi Barbara, Mäder, Mettler, Porchet, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt, Widmer Céline)

² Die Vorsorgeeinrichtungen haben Anspruch auf Zuschüsse des Sicherheitsfonds in der Höhe der von ihnen geleisteten Einlagen.

Gemäss Bundesrat, aber:

¹ Zur Finanzierung des Rentenzuschlags erhebt die Vorsorgeeinrichtung ab dem Inkrafttreten der Änderung vom ... während 20 Jahren folgende Beiträge:

a. ...

... versichert sind: 0,3 Prozent auf dem ...

b. ...

... versichert sind: 0,3 Prozent auf dem ...

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates
(Mehrheit)**

Minderheit V (Prelicz-Huber, Aebischer Matthias, Gysi Barbara, Mäder, Maillard, Mettler, Porchet, Wasserfallen Flavia, Weichelt, Widmer Céline)

(Minderheit I
(de Courten, ...))

(Minderheit II (Mettler, ...))

(Minderheit III
(Maillard, ...))

Beitragsanteil des Arbeitnehmers vom Lohn ab und überweist den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberbeitrag an die Vorsorgeeinrichtung.

⁴ Er muss der Vorsorgeeinrichtung die massgebenden Löhne seiner Arbeitnehmer melden. Er schuldet ihr die gesamten Beiträge.

⁵ Die versicherten Personen nach Artikel 4 Absätze 1 und 2 und nach Artikel 46 müssen der Vorsorgeeinrichtung das Erwerbseinkommen melden. Sie schulden der Vorsorgeeinrichtung die gesamten Beiträge.

⁶ Die Vorsorgeeinrichtung schuldet die Beiträge dem Sicherheitsfonds.

⁴ Zur Finanzierung der Zuschüsse erhebt der Sicherheitsfonds ab dem Inkrafttreten der Änderung vom ... während 15 Jahren Beiträge bei den registrierten Vorsorgeeinrichtungen. Diese Beiträge betragen beim Inkrafttreten der Änderung vom ... 0,15 Prozent der nach diesem Gesetz versicherten Löhne.

⁵ Der Bundesrat legt die Beiträge für die weiteren Jahre fest. Er beachtet dabei den voraussichtlichen Finanzierungsbedarf für die nächsten Jahre und die allfällig noch vorhandenen Mittel aus Vorjahren. Er überprüft die Höhe der Beiträge periodisch, mindestens jedoch alle fünf Jahre.

⁶ Erhebt eine Vorsorgeeinrichtung zur Finanzierung ihres Beitrags an den Sicherheitsfonds Beiträge von den bei ihr versicherten Personen, so muss der Arbeitgeber mindestens gleich hohe Beiträge leisten wie die gesamten Beiträge seiner Arbeitnehmer.

⁴ ...

...
der Änderung vom ... 0,4 Prozent der nach diesem Gesetz versicherten Löhne.

⁷ Die Vorsorgeeinrichtung verwendet die durch die Senkung des Mindestumwandlungssatzes gemäss diesem Gesetz freierwerdenden Rückstellungen für Pensionierungsverluste zur Finanzierung des Beitrags, den sie gemäss Absatz 6 dem Sicherheitsfonds schuldet. Sie reduziert in diesem Umfang die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemäss Absatz 1 Buchstaben a und b. Absatz 3 gilt sinngemäss.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****(Mehrheit)****(Minderheit I (de Courten, ...))****(Minderheit II (Mettler, ...))****(Minderheit III (Maillard, ...))**

Art. 47g Auszahlung des Renten-zuschlags

Art. 47g

*Streichen**Gemäss Bundesrat*

¹ Die Vorsorgeeinrichtung zahlt den Rentenzuschlag zusammen mit der Alters- oder Invalidenrente aus.

² Der Bundesrat regelt die Modalitäten der Auszahlung des Zuschlags an Personen, die von mehreren Vorsorgeeinrichtungen Alters- oder Invalidenrenten beziehen.

Art. 47h Aufgaben des Sicherheitsfonds und Mitwirkung der Vorsorgeeinrichtungen

Art. 47h

*Streichen**Gemäss Bundesrat*

¹ Der Sicherheitsfonds vergütet den Vorsorgeeinrichtungen jährlich die Gesamtsumme der von ihnen ausbezahlten Rentenzuschläge. Er kann diese Gesamtsumme mit den von den Vorsorgeeinrichtungen geschuldeten Beiträgen verrechnen.

² Er führt ein Register der Bezüger von Zuschlägen. Die Vorsorgeeinrichtungen übermitteln dem Sicherheitsfonds jährlich für jede anspruchsberechtigte Person folgende Angaben:

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****(Mehrheit)****(Minderheit I (de Courten, ...))****(Minderheit II (Mettler, ...))****(Minderheit III (Maillard, ...))**

- a. Name und Vorname;
- b. AHV-Versichertennummer;
- c. Geburtsdatum;
- d. Geschlecht;
- e. Höhe des Zuschlags für diese Person sowie Anzahl Monate, während denen der Zuschlag im betreffenden Jahr ausgerichtet wurde.

³ Der Sicherheitsfonds stellt mithilfe des Registers sicher, dass keine Person mehr als einen Zuschlag bezieht. Er leitet die zur Verhinderung von Mehrfachbezügen notwendigen Informationen an die betroffenen Vorsorgeeinrichtungen weiter.

Art. 47i Bericht zum Rentenzuschlag

Art. 47i

Art. 47i Bericht zum Koordinationsabzug und zur Eintrittsschwelle

Streichen

Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung zusammen mit dem Bericht zu den Grundlagen für die Festlegung des Mindestumwandlungssatzes (Art. 14 Abs. 3) einen Bericht zum Rentenzuschlag. Vorgängig bezieht er die Sozialpartner ein. Der Bericht enthält insbesondere die Grundlagen für die Festlegung des Zuschlags und Aussagen über die Leistungsgarantie.

Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung zusammen mit dem Bericht zu den Grundlagen für die Festlegung des Mindestumwandlungssatzes (Art. 14 Abs. 3) einen Bericht zum Koordinationsabzug und zur Eintrittsschwelle. Vorgängig bezieht er die Sozialpartner ein. Der Bericht enthält insbesondere die Grundlagen für die Verbesserung der Vorsorgesituation für Teilzeitarbeitende und Arbeitnehmende mit Mehrfachbeschäftigung.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 49** Selbständigkeitsbereich

1 Die Vorsorgeeinrichtungen sind im Rahmen dieses Gesetzes in der Gestaltung ihrer Leistungen, in deren Finanzierung und in ihrer Organisation frei. Sie können im Reglement vorsehen, dass Leistungen, die über die gesetzlichen Mindestbestimmungen hinausgehen, nur bis zum Erreichen des Rentenalters ausgerichtet werden.

2 Gewährt eine Vorsorgeeinrichtung mehr als die Mindestleistungen, so gelten für die weiter gehende Vorsorge nur die Vorschriften über:

1. die Definition und Grundsätze der beruflichen Vorsorge sowie des versicherbaren Lohnes oder des versicherbaren Einkommens (Art. 1, 33a und 33b);
2. die zusätzlichen Einkäufe für den Vorbezug der Altersleistung (Art. 13a Abs. 8);
3. die Begünstigten bei Hinterlassenenleistungen (Art. 20a);
- 3a. die Anpassung der Invalidenrente nach dem Vorsorgeausgleich (Art. 24 Abs. 5);
- 3b. die provisorische Weiterversicherung und Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs bei Herabsetzung oder Aufhebung der Rente der Invalidenversicherung (Art. 26a);

4. die Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen (Art. 35a);

5. ...

Art. 49

2 ...

Mehrheit

Minderheit (Weichelt, Mäder, Mettler, Porchet, Prelicz-Huber)

3c. Kinderrenten (Art. 17 und Art. 25);

Geltendes Recht	Bundesrat	Kommission des Nationalrates			
		(Mehrheit)	(Minderheit I (de Courten, ...))	(Minderheit II (Mettler, ...))	(Minderheit III (Maillard, ...))
Art. 56 Aufgaben	Art. 56 Abs. 1 Bst. a	Art. 56			
¹ Der Sicherheitsfonds:	¹ Der Sicherheitsfonds:	¹ ...			
a. richtet Zuschüsse an jene Vorsorgeeinrichtungen aus, die eine ungünstige Altersstruktur aufweisen;	a. erfüllt für die Auszahlung des Rentenzuschlags die Aufgaben nach Artikel 47h;	a. richtet Zuschüsse an Vorsorgeeinrichtungen aus, die Einlagen nach Artikel 47f Absatz 1 leisten; (siehe 2a. Teil, ...)	a. <i>Streichen</i> (= <i>gemäss geltendem Recht</i>) (siehe 2a. Teil, ...)	a. <i>Gemäss Bundesrat</i> (siehe 2a. Teil, ...)	a. <i>Gemäss Bundesrat</i> (siehe 2a. Teil, ...)
b. stellt die gesetzlichen Leistungen von zahlungsunfähig gewordenen oder im Falle von vergessenen Guthaben liquidierter Vorsorgeeinrichtungen sicher;					
c. stellt die über die gesetzlichen Leistungen hinausgehenden reglementarischen Leistungen von zahlungsunfähig gewordenen Vorsorgeeinrichtungen sicher, soweit diese Leistungen auf Vorsorgeverhältnissen beruhen, auf die das FZG anwendbar ist;					
d. entschädigt die Auffangeinrichtung für die Kosten, die ihr auf Grund ihrer Tätigkeit nach den Artikeln 11 Absatz 3 ^{bis} und 60 Absatz 2 dieses Gesetzes sowie 4 Absatz 2 FZG entstehen und die nicht auf den Verursacher überwält werden können;					

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

- e. schliesst den Vorsorgeeinrichtungen im Falle einer Teil- oder Gesamtliquidation, die innerhalb von fünf Jahren seit Inkrafttreten des FZG erfolgt, eine durch die Anwendung dieses Gesetzes entstandene Deckungslücke;
- f. fungiert als Zentralstelle 2. Säule für die Koordination, die Übermittlung und die Aufbewahrung der Angaben nach den Artikeln 24a–24f des FZG;
- g. für die Anwendung von Artikel 89a Verbindungsstelle zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Freihandelsassoziation. Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen;
- h. entschädigt die Ausgleichskasse der AHV für die Kosten, die ihr auf Grund ihrer Tätigkeit nach Artikel 11 entstehen und nicht auf den Verursacher überwält werden können.

²Die Sicherstellung nach Absatz 1 Buchstabe c umfasst höchstens die Leistungen, die sich aufgrund eines massgebenden Lohnes nach dem AHVG in der anderthalbfachen Höhe des oberen Grenzbetrages nach Artikel 8 Absatz 1 dieses Gesetzes ergeben.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

³ Sind einer Vorsorgeeinrichtung mehrere wirtschaftlich oder finanziell nicht eng miteinander verbundene Arbeitgeber oder mehrere Verbände angeschlossen, so ist das zahlungsunfähige Vorsorgewerk jedes einzelnen Arbeitgebers oder Verbandes den zahlungsunfähigen Vorsorgeeinrichtungen grundsätzlich gleichgestellt. Die Zahlungsunfähigkeit der Vorsorgewerke ist getrennt zu beurteilen. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

⁴ Der Bundesrat regelt die Leistungsvoraussetzungen.

⁵ Der Sicherheitsfonds gewährt keine Sicherstellung der Leistungen, soweit seine Leistungen missbräuchlich in Anspruch genommen werden.

⁶ Der Sicherheitsfonds führt für jede Aufgabe getrennt Rechnung.

Geltendes Recht		Bundesrat	Kommission des Nationalrates			
			(Mehrheit)	(Minderheit I (de Courten, ...))	(Minderheit II (Mettler, ...))	(Minderheit III (Maillard, ...))
Art. 58	Zuschüsse bei ungünstiger Altersstruktur	<i>Art. 58 Aufgehoben</i>	<i>Art. 58 (siehe 2a. Teil, ...)</i>	<i>Gemäss geltendem Recht (siehe 2a. Teil, ...)</i>	<i>Gemäss Bundesrat (siehe 2a. Teil, ...)</i>	<i>Gemäss Bundesrat (siehe 2a. Teil, ...)</i>
<p>¹ Eine Vorsorgeeinrichtung erhält Zuschüsse aufgrund ungünstiger Altersstruktur (Art. 56 Abs. 1 Bst. a), soweit die Summe der Altersgutschriften 14 Prozent der Summe der entsprechenden koordinierten Löhne übersteigt. Die Zuschüsse werden jährlich auf der Grundlage des vorangegangenen Kalenderjahres berechnet.</p> <p>² Der Bundesrat kann diesen Ansatz ändern, wenn der Durchschnittssatz der Altersgutschriften gesamtschweizerisch wesentlich von 12 Prozent abweicht.</p> <p>³ Vorsorgeeinrichtungen können Zuschüsse nur beanspruchen, wenn bei ihnen das gesamte der obligatorischen Versicherung unterstellte Personal der angeschlossenen Arbeitgeber versichert ist.</p> <p>⁴ Sind mehrere Arbeitgeber der gleichen Vorsorgeeinrichtung angeschlossen, so werden die Zuschüsse für das Personal jedes einzelnen Arbeitgebers getrennt berechnet.</p> <p>⁵ Selbständigerwerbende werden für die Berechnung der Zuschüsse nur berücksichtigt, wenn sie:</p>						

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****(Mehrheit)****(Minderheit I (de Courten, ...))****(Minderheit II (Mettler, ...))****(Minderheit III (Maillard, ...))**

- a. sich innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes oder Aufnahme der selbständigen Erwerbstätigkeit freiwillig versichern, oder
- b. während mindestens sechs Monaten der obligatorischen Versicherung unterstellt waren und sich unmittelbar danach freiwillig versichern.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 65** Grundsatz

¹ Die Vorsorgeeinrichtungen müssen jederzeit Sicherheit dafür bieten, dass sie die übernommenen Verpflichtungen erfüllen können.

² Sie regeln das Beitragssystem und die Finanzierung so, dass die Leistungen im Rahmen dieses Gesetzes bei Fälligkeit erbracht werden können. Dabei dürfen sie nur den vorhandenen Bestand an Versicherten sowie Rentnerinnen und Rentnern berücksichtigen (Grundsatz der Bilanzierung in geschlossener Kasse). Vorbehalten bleiben die Artikel 72a–72g.

^{2bis} Sämtliche Verpflichtungen einer Vorsorgeeinrichtung müssen durch Vorsorgevermögen gedeckt sein (Grundsatz der Vollkapitalisierung). Vorbehalten bleiben Artikel 65c sowie die Artikel 72a–72g.

³ Sie weisen ihre Verwaltungskosten in der Betriebsrechnung aus. Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Verwaltungskosten und die Art und Weise, wie sie ausgewiesen werden müssen.

Art. 65**Mehrheit**

Minderheit (Gysi Barbara, Feri Yvonne, Mäder, Maillard, Mettler, Meyer Mattea, Porchet, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

^{2a} Die Vorsorgeeinrichtungen legen die Höhe der Beiträge für die Deckung der Risiken Tod und Invalidität nach kollektiven Grundsätzen fest. Der Bundesrat umschreibt diese Grundsätze näher.

(siehe Ziff. II ZGB Art. 89a Abs. 6 Ziff. 14)

Geltendes Recht***Bundesrat******Kommission des Nationalrates***

⁴ Der Bundesrat legt ein Anfangsvermögen und Garantieleistungen fest für Neugründungen von Sammel- und Gemeinschaftsstiftungen, welche dem FZG unterstellt sind, unabhängig von ihrer Rechts- oder Verwaltungsform. Nicht unter diese Bestimmung fallen Verbandseinrichtungen sowie Vorsorgeeinrichtungen mit mehreren wirtschaftlich oder finanziell eng miteinander verbundenen Arbeitgebern.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Mehrheit****Minderheit** (Prelicz-Huber, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Humbel, Maillard, Mettler, Meyer Mattea, Porchet, Wasserfallen Flavia, Weichelt)**Art. 82a** Abzugsberechtigung für Beiträge**Streichen**

¹ Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende können bei den direkten Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden ihre Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen in folgendem Umfang von ihrem Einkommen abziehen:

- a. jährlich bis 12 Prozent des oberen Grenzbetrages nach Artikel 8 Absatz 1 BVG, wenn sie einer Vorsorgeeinrichtung nach Artikel 80 BVG angehören;
- b. jährlich bis 24 Prozent des Erwerbseinkommens, jedoch höchstens bis 44 Prozent des oberen Grenzbetrages nach Artikel 8 Absatz 1 BVG, wenn sie keiner Vorsorgeeinrichtung nach Artikel 80 BVG angehören.

² Sind beide Ehegatten oder beide eingetragenen Partnerinnen oder Partner erwerbstätig und leisten sie Beiträge an eine anerkannte Vorsorgeform, so können beide diese Abzüge für sich beanspruchen.

³ Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen können längstens bis fünf Jahre nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters der AHV (Art. 21 Abs. 1 AHVG) geleistet werden.

⁴ Im Jahr, in dem die Erwerbstätigkeit beendet wird, kann der volle Beitrag geleistet werden.

Geltendes Recht	Bundesrat	Kommission des Nationalrates			
		(Mehrheit)	(Minderheit I (de Courten, ...))	(Minderheit II (Mettler, ...))	(Minderheit III (Maillard, ...))
Art. 89d Leistungs- berechnung	Art. 89d Leistungsberechnung	Art. 89d			
Leistungsansprüche im Anwendungsbereich dieses Gesetzes werden ausschliesslich auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes festgestellt.	Leistungsansprüche im Anwendungsbereich dieses Gesetzes werden, mit Ausnahme des Rentenzuschlags, ausschliesslich aufgrund der Bestimmungen dieses Gesetzes festgestellt.	<i>Streichen</i> (=gemäss geltendem Recht) (siehe 2a. Teil, ...)	<i>Streichen</i> (=gemäss geltendem Recht) (siehe 2a. Teil, ...)	Leistungsansprüche im Anwendungsbereich dieses Gesetzes werden, mit Ausnahme des Rentenzuschlags für Personen der Übergangsgeneration, ausschliesslich aufgrund der Bestimmungen dieses Gesetzes festgestellt. (siehe 2a. Teil, ...)	<i>Gemäss Bundesrat</i> (siehe 2a. Teil, ...)

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Übergangsbestimmungen zur Änderung vom ...***a. Laufende Renten*

¹ Für Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung laufen, gilt für den Umwandlungssatz weiterhin das bisherige Recht.

² Versicherte, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung bereits eine Alters- oder Invalidenrente beziehen, haben keinen Anspruch auf einen Rentenzuschlag.

(Mehrheit)**Übergangsbestimmungen zur Änderung vom ...***a. ...*

² Versicherte, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung bereits eine Alters- oder Invalidenrente beziehen, haben keinen Anspruch auf eine Erhöhung der Rente nach Artikel 47c.
(siehe 2a. Teil, ...)

(Minderheit I (de Courten, ...))

² *Streichen*
(siehe 2a. Teil, ...)

(Minderheit II (Mettler, ...))

² *Gemäss Bundesrat*
(siehe 2a. Teil, ...)

(Minderheit III (Maillard, ...))

² *Gemäss Bundesrat*
(siehe 2a. Teil, ...)

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

b. Höhe des Rentenzuschlags für die Übergangsgeneration

(Mehrheit)

(Minderheit I (de Courten, ...))

(Minderheit II (Mettler, ...))

(Minderheit III (Maillard, ...))

b.

b. Erhöhung des Altersguthabens für die Übergangsgeneration

*Streichen
(siehe 2a. Teil, ...)*

*Streichen
(siehe 2a. Teil, ...)*

*Gemäss Bundesrat
(siehe 2a. Teil, ...)*

¹ Für die folgenden Versicherten beträgt der Rentenzuschlag lebenslang:

Männer mit den Jahrgängen:	Monatlicher Rentenzuschlag:
[Jahr des Inkrafttretens – 61] bis [Jahr des Inkrafttretens – 65]	200 Franken
[Jahr des Inkrafttretens – 56] bis [Jahr des Inkrafttretens – 60]	150 Franken
[Jahr des Inkrafttretens – 51] bis [Jahr des Inkrafttretens – 55]	100 Franken

¹ Der in eine Altersrente umzuwandelnde Anteil des Altersguthabens gemäss Artikel 14 Absatz 1 wird während 10 Jahren nach Inkrafttreten dieser Änderung jeweils zum Zeitpunkt der (Teil- oder) Vollverrentung als Kompensation zur Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 Prozent auf 6,0 Prozent wie folgt erhöht:

Im ersten Jahr nach Inkraftsetzung beträgt die Erhöhung 13 Prozent. Die Erhöhung wird danach jährlich um 1,3 Prozentpunkte reduziert. Nach 11 Jahren entfällt die Erhöhung.

Frauen mit den Jahrgängen:	Monatlicher Rentenzuschlag:
[Jahr des Inkrafttretens – 60] bis [Jahr des Inkrafttretens – 64]	200 Franken
[Jahr des Inkrafttretens – 55] bis [Jahr des Inkrafttretens – 59]	150 Franken
[Jahr des Inkrafttretens – 50] bis [Jahr des Inkrafttretens – 54]	100 Franken

Geltendes Recht**Bundesrat**

² Bei einem Vorbezug der Altersrente wird der Zuschlag gekürzt. Der Bundesrat legt die Kürzungssätze nach denselben versicherungstechnischen Grundsätzen wie in der AHV fest.

Kommission des Nationalrates**(Mehrheit)****(Minderheit I (de Courten, ...))****(Minderheit II (Mettler, ...))****(Minderheit III (Maillard, ...))**

² *Streichen*

(siehe 2a. Teil, ...)

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

c. Höhe des Zuschlags zur Invalidenrente für Versicherte, die nicht zur Übergangsgeneration gehören

Erhalten versicherte Männer, die bei Inkrafttreten der Änderung das 50. Altersjahr noch nicht vollendet haben, und versicherte Frauen, die in diesem Zeitpunkt das 49. Altersjahr noch nicht vollendet haben, nach dem Inkrafttreten der Änderung neu eine Invalidenrente, so beträgt der monatliche Zuschlag zu ihrer Invalidenrente bis Ende *[Jahr des Inkrafttretens + 12]* 100 Franken.

(Mehrheit)

*c. Streichen
(siehe 2a. Teil, ...)*

(Minderheit I (de Courten, ...))

*c. Streichen
(siehe 2a. Teil, ...)*

(Minderheit II (Mettler, ...))

*c. Gemäss Bundesrat
(siehe 2a. Teil, ...)*

(Minderheit III (Maillard, ...))

*c. Gemäss Bundesrat
(siehe 2a. Teil, ...)*

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

II

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

II

**0a. Schweizerisches
Zivilgesetzbuch vom 10.
Dezember 1907***Art. 89a***Art. 89a**

¹ Für Personalfürsorgeeinrichtungen, die gemäss Artikel 331 des Obligationenrechts in Form der Stiftung errichtet worden sind, gelten überdies noch folgende Bestimmungen.

² Die Stiftungsorgane haben den Begünstigten über die Organisation, die Tätigkeit und die Vermögenslage der Stiftung den erforderlichen Aufschluss zu erteilen.

³ Leisten die Arbeitnehmer Beiträge an die Stiftung, so sind sie an der Verwaltung wenigstens nach Massgabe dieser Beiträge zu beteiligen; soweit möglich haben die Arbeitnehmer ihre Vertretung aus dem Personal des Arbeitgebers zu wählen.

⁴ ...

⁵ Die Begünstigten können auf Ausrichtung von Leistungen der Stiftung klagen, wenn sie Beiträge an diese entrichtet haben oder wenn ihnen nach den Stiftungsbestimmungen ein Rechtsanspruch auf Leistungen zusteht.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

⁶ Für Personalfürsorgestiftungen, die auf dem Gebiet der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge tätig sind und die dem Freizügigkeitsgesetz vom 17. Dezember 1993 (FZG) unterstellt sind, gelten überdies die folgenden Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) über:

1. die Definition und Grundsätze der beruflichen Vorsorge sowie des versicherbaren Lohnes oder des versicherbaren Einkommens (Art. 1, 33a und 33b),
2. die Unterstellung der Personen unter die AHV (Art. 5 Abs. 1),
3. die Begünstigten bei Hinterlassenenleistungen (Art. 20a),
- 3a. die Anpassung der Invalidenrente nach dem Vorsorgeausgleich (Art. 24 Abs. 5),
- 3b. die provisorische Weiterversicherung und Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs bei Herabsetzung oder Aufhebung der Rente der Invalidenversicherung (Art. 26a),
4. die Anpassung der reglementarischen Leistungen an die Preisentwicklung (Art. 36 Abs. 2–4),
- 4a. die Zustimmung bei Kapitalabfindung (Art. 37a),
5. die Verjährung von Ansprüchen und die Aufbewahrung von Vorsorgeunterlagen (Art. 41),

6 ...

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

- 5a. die Verwendung, Bearbeitung und Bekanntgabe der Versicherungsnnummer der Alters- und Hinterlassenenversicherung (Art. 48 Abs. 4, Art. 85a Bst. f und Art. 86a Abs. 2 Bst. b^{bis}),
- 6. die Verantwortlichkeit (Art. 52),
- 7. die Zulassung und die Aufgaben der Kontrollorgane (Art. 52a–52e),
- 8. die Integrität und Loyalität der Verantwortlichen, die Rechtsgeschäfte mit Nahestehenden und die Interessenkonflikte (Art. 51b, 51c und 53a),
- 9. die Teil- oder Gesamtliquidation (Art. 53b–53d),
- 10. die Auflösung von Verträgen (Art. 53e und 53f),
- 11. den Sicherheitsfonds (Art. 56 Abs. 1 Bst. c und Abs. 2–5, Art. 56a, 57 und 59),
- 12. die Aufsicht und die Oberaufsicht (Art. 61–62a und 64–64c),
- 13. ...
- 14. die finanzielle Sicherheit (Art. 65 Abs. 1, 3 und 4, Art. 66 Abs. 4, Art. 67 und Art. 72a–72g),
- 15. die Transparenz (Art. 65a),
- 16. die Rückstellungen (Art. 65b),

5a⁰. das Ausscheiden aus der obligatorischen Versicherung nach Vollendung des 58. Altersjahres (Art. 47a);

Mehrheit**Minderheit (Gysi Barbara, ...)**

14. die finanzielle Sicherheit (Art. 65 Abs. 1, 2a, 3 und 4, Art. 66 Abs. 4, Art. 67 und Art. 72a–72g),
(siehe Ziff. I BVG Art. 65 Abs. 2a)

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

17. die Versicherungsverträge zwischen Vorsorgeeinrichtungen und Versicherungseinrichtungen (Art. 68 Abs. 3 und 4),

18. die Vermögensverwaltung (Art. 71),

19. die Rechtspflege (Art. 73 und 74),

20. die Strafbestimmungen (Art. 75–79),

21. den Einkauf (Art. 79b),

22. den versicherbaren Lohn und das versicherbare Einkommen (Art. 79c),

23. die Information der Versicherten (Art. 86b).

⁷ Für Personalfürsorgestiftungen, die auf dem Gebiet der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge tätig sind, aber nicht dem FZG unterstellt sind, wie sogenannte patronale Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen sowie Finanzierungsstiftungen, gelten von den Bestimmungen des BVG nur die folgenden:

1. die Unterstellung der Personen unter die AHV (Art. 5 Abs. 1);
2. die Verwendung, Bearbeitung und Bekanntgabe der Versichertennummer der AHV (Art. 48 Abs. 4, 85a Bst. f und 86a Abs. 2 Bst. b^{bis});
3. die Verantwortlichkeit (Art. 52);
4. die Zulassung und die Aufgaben der Revisionsstelle (Art. 52a, 52b und 52c Abs. 1 Bst. a–d und g, 2 und 3);

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

5. die Integrität und Loyalität der Verantwortlichen, die Rechtsgeschäfte mit Nahestehenden und die Interessenkonflikte (Art. 51b, 51c und 53a);
6. die Verwendung, Bearbeitung und die Gesamtliquidation (Art. 53c);
7. die Aufsicht und die Oberaufsicht (Art. 61–62a und 64–64b);
8. die Rechtspflege (Art. 73 und 74);
9. die Strafbestimmungen (Art. 75–79);
10. die steuerliche Behandlung (Art. 80, 81 Abs. 1 und 83).

⁸Für Personalfürsorgestiftungen nach Absatz 7 gelten zudem die folgenden Bestimmungen:

1. Sie verwalten ihr Vermögen so, dass Sicherheit, genügender Ertrag auf den Anlagen und die für ihre Aufgaben benötigten flüssigen Mittel gewährleistet sind.
2. Über Teilliquidationssachverhalte von patronalen Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen verfügt die Aufsichtsbehörde auf Antrag des Stiftungsrats.
3. Sie beachten die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Angemessenheit sinngemäss.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****0b. Bundesgesetz über
Ergänzungsleistungen zur
Alters-, Hinterlassenen- und
Invalidenversicherung (ELG)
vom 6. Oktober 2006****Art. 11** Anrechenbare
Einnahmen*Art. 11*

1 Als Einnahmen werden angerechnet:

- a. zwei Drittel der Erwerbseinkünfte in Geld oder Naturalien, soweit sie bei alleinstehenden Personen jährlich 1000 Franken und bei Ehepaaren und Personen mit rentenberechtigten Waisen oder mit Kindern, die einen Anspruch auf eine Kinderrente der AHV oder IV begründen, 1500 Franken übersteigen; bei Ehegatten ohne Anspruch auf Ergänzungsleistungen wird das Erwerbseinkommen zu 80 Prozent angerechnet; bei invaliden Personen mit einem Anspruch auf ein Taggeld der IV wird es voll angerechnet;
- b. Einkünfte aus beweglichem und unbeweglichem Vermögen einschliesslich des Jahreswerts einer Nutzniessung oder eines Wohnrechts oder des Jahresmietwerts einer Liegenschaft, an der die Bezügerin oder der Bezüger oder eine andere Person, die in die Berechnung der Ergänzungsleistungen eingeschlossen ist, Eigentum hat und von mindestens einer dieser Personen bewohnt wird;

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

- c. ein Fünfzehntel, bei Altersrentnerinnen und Altersrentnern ein Zehntel des Reinvermögens, soweit es bei alleinstehenden Personen 30 000 Franken, bei Ehepaaren 50 000 Franken und bei rentenberechtigten Waisen sowie bei Kindern, die einen Anspruch auf eine Kinderrente der AHV oder IV begründen, 15 000 Franken übersteigt; hat die Bezügerin oder der Bezüger oder eine Person, die in die Berechnung der Ergänzungsleistungen eingeschlossen ist, Eigentum an einer Liegenschaft, die mindestens von einer dieser Personen bewohnt wird, so ist nur der 112 500 Franken übersteigende Wert der Liegenschaft beim Vermögen zu berücksichtigen;
- d. Renten, Pensionen und andere wiederkehrende Leistungen, einschliesslich der Renten der AHV und der IV;
- e. Leistungen aus Verpfändungsvertrag und ähnlichen Vereinbarungen;
- f. Familienzulagen;
- g. ...
- h. familienrechtliche Unterhaltsbeiträge;
- i. die Prämienverbilligung für die Zeitspanne, für die rückwirkend eine Ergänzungsleistung ausgerichtet wird.

¹bis In Abweichung von Absatz 1 Buchstabe c ist nur der 300 000 Franken übersteigende Wert der Liegenschaft beim Vermögen zu berücksichtigen:

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

- a. wenn ein Ehepaar oder einer der Ehegatten Eigentum an einer Liegenschaft hat, die von einem der Ehegatten bewohnt wird, während der andere im Heim oder Spital lebt; oder
- b. wenn eine Person Bezügerin einer Hilflosenentschädigung der AHV, IV, Unfallversicherung oder Militärversicherung ist und eine Liegenschaft bewohnt, an der sie oder ihr Ehegatte Eigentum hat.

² Für in Heimen oder Spitälern lebende Personen können die Kantone den Vermögensverzehr abweichend von Absatz 1 Buchstabe c festlegen. Die Kantone können den Vermögensverzehr auf höchstens einen Fünftel erhöhen.

³ Nicht angerechnet werden:

- a. Verwandtenunterstützungen nach den Artikeln 328–330 des Zivilgesetzbuches
- b. Unterstützungen der öffentlichen Sozialhilfe;
- c. öffentliche oder private Leistungen mit ausgesprochenem Fürsorgecharakter;
- d. Hilflosenentschädigungen der Sozialversicherungen;
- e. Stipendien und andere Ausbildungsbeihilfen;
- f. Assistenzbeiträge der AHV oder der IV;
- g. Beiträge der obligatorischen Krankenpflegeversicherung an die Pflegeleistungen in einem Heim, wenn in der Tagestaxe keine Pflegekosten nach dem KVG54 berücksichtigt werden.

³ Nicht angerechnet werden:

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Mehrheit**

Minderheit (Meyer Mattea, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Maillard, Porchet, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

h. derjenige Teil der Rente der beruflichen Vorsorge, der auf der Erhöhung der Altersrente gestützt auf Artikel 47b, 47c und 47e BVG beruht.

⁴ Der Bundesrat bestimmt die Fälle, in denen die Hilflosenentschädigungen der Sozialversicherungen als Einnahmen angerechnet werden.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****1. Freizügigkeitsgesetz vom 17. Dezember 1993⁴**

Art. 17 Mindestbetrag bei Austritt aus der Vorsorgeeinrichtung

Art. 17 Abs. 2 Einleitungssatz (Betrifft nur den französischen Text) und Bst. g

¹ Bei Austritt aus der Vorsorgeeinrichtung hat die versicherte Person zumindest Anspruch auf die eingebrachten Eintrittsleistungen samt Zinsen sowie auf die von ihr während der Beitragsdauer geleisteten Beiträge samt einem Zuschlag von 4 Prozent pro Altersjahr ab dem 20. Altersjahr, höchstens aber von 100 Prozent. Das Alter ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Kalenderjahr und dem Geburtsjahr.

² Beiträge zur Finanzierung von Leistungen und zur Deckung von Kosten können von den Beiträgen der versicherten Person nur abgezogen werden, wenn die Höhe der verschiedenen Beiträge im Reglement festgelegt und der Bedarf in der Jahresrechnung oder in deren Anhang ausgewiesen ist. Abgezogen werden dürfen:

- a. Beitrag zur Finanzierung der Ansprüche auf Invalidenleistungen bis zum Erreichen der ordentlichen Altersgrenze;
- b. Beitrag zur Finanzierung der Ansprüche auf Hinterlassenenleistungen, die vor Erreichen der ordentlichen Altersgrenze entstehen;

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

- c. Beitrag zur Finanzierung der Ansprüche auf Überbrückungsrenten bis zum Erreichen der ordentlichen Altersgrenze. Der Bundesrat setzt die näheren Bedingungen für diese Abzugsmöglichkeit fest;
- d. Beitrag für Verwaltungskosten;
- e. Beitrag für Kosten des Sicherheitsfonds;
- f. Beitrag zur Behebung einer Unterdeckung.

- g. Beitrag zur Finanzierung des Ausgleichs von Rentenumwandlungsverlusten.

³ Sofern das Reglement diesen Abzug in Beitragsprozenten vorsieht, können auch im Reglement vorgesehene Aufwendungen zur Finanzierung der Anpassung der laufenden Renten an die Preisentwicklung nach Artikel 36 BVG sowie der Mindestleistungen für Versicherungsfälle während der Übergangszeit nach Artikel 33 BVG von den Beiträgen der versicherten Person abgezogen werden.

⁴ Beiträge zur Finanzierung von Leistungen nach Absatz 2 Buchstaben a–c können nur dann von den Beiträgen der versicherten Person abgezogen werden, wenn der nicht für die Leistungen und Kosten nach den Absätzen 2 und 3 verwendete Teil der Beiträge verzinst wird.

⁵ Von den gesamten reglementarischen Beiträgen, die der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin und der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin leisten, ist mindestens ein Drittel als Arbeitnehmerbeitrag zu betrachten.

Geltendes Recht

Bundesrat

Kommission des Nationalrates

⁶ Für Beiträge nach Artikel 33a BVG wird kein Zuschlag von 4 Prozent pro Altersjahr ab dem 20. Altersjahr nach Absatz 1 berechnet.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****2. Versicherungsaufsichtsgesetz vom 17. Dezember 2004⁵****2. ...**

Art. 37 Besondere Regelung für das Geschäft der beruflichen Vorsorge

Art. 37 Abs. 2 Bst. b

Art. 37

¹ Die Versicherungsunternehmen, die das Geschäft der beruflichen Vorsorge betreiben, errichten für ihre Verpflichtungen im Rahmen der beruflichen Vorsorge ein besonderes gebundenes Vermögen.

² Sie haben für die berufliche Vorsorge eine getrennte jährliche Betriebsrechnung zu führen. Diese weist insbesondere aus:

² Sie haben für die berufliche Vorsorge eine getrennte jährliche Betriebsrechnung zu führen. Diese weist insbesondere aus:

- a. die allfällige Entnahme aus der Rückstellung für künftige Überschussbeteiligung;
- b. die Prämien, aufgeteilt in Spar-, Risiko- und Kostenprämien;
- c. die Leistungen;
- d. allfällige den Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern im Vorjahr verbindlich zugeteilte, im Berichtsjahr ausgeschüttete Überschussanteile;
- e. die Kapitalerträge sowie die nicht realisierten Gewinne und Verluste auf Kapitalanlagen;
- f. die Kosten und Erträge der eingesetzten derivativen Finanzinstrumente;
- g. die nachgewiesenen Abschluss- und Verwaltungskosten;
- h. die nachgewiesenen Kosten der Vermögensverwaltung;

- b. die Prämien, aufgeteilt in Spar-, Risiko-, Rentenumwandlungsgarantie- und Kostenprämien;

⁵ SR 961.01

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

- i. die Prämien und Leistungen aus der Rückversicherung von Invaliditäts-, Sterblichkeits- und anderen Risiken;
- j. die Bildung und Auflösung nachgewiesener technischer Rückstellungen und nachgewiesener zweckgebundener Schwankungsreserven.

³ Der Bundesrat erlässt Vorschriften über:

- a. die Art und Weise, wie die Informationen, die aus der getrennten Betriebsrechnung hervorgehen müssen, auszuweisen sind;
- b. die Grundlagen der Ermittlung der Überschussbeteiligung;
- c. die Grundsätze der Verteilung der ermittelten Überschussbeteiligung.

Mehrheit

Minderheit (Gysi Barbara, Feri Yvonne, Mäder, Maillard, Mettler, Meyer Mattea, Porchet, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

^{3bis} Die Versicherungsunternehmen legen der Überschusszuteilung getrennt nach Prozess sowohl denselben Kreis von Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern als auch dieselben Kriterien und Gewichtungen zugrunde wie der Prämienberechnung.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

⁴ Die ausgewiesene Überschussbeteiligung beträgt mindestens 90 Prozent der nach Absatz 3 Buchstabe b ermittelten Überschussbeteiligung.

⁵ Weist die Betriebsrechnung einen Verlust aus, so darf für das betreffende Geschäftsjahr keine Überschussbeteiligung ausgerichtet werden. Der ausgewiesene Verlust ist auf das Folgejahr zu übertragen und dannzumal für die Ermittlung der Überschussbeteiligung zu berücksichtigen.

Mehrheit

Minderheit (Meyer Mattea, Feri Yvonne, Gysi Barbara, Porchet, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

⁴ Den versicherten Vorsorgeeinrichtungen steht ein Anteil an der nach Absatz 3 Buchstabe b ermittelten Überschussbeteiligung von mindestens 94 Prozent zu.

^{4bis} Zur Sicherstellung des Solvenzkapitals der Versicherungsunternehmen kann der Bundesrat den Anteil für maximal drei Jahre bis auf 92 Prozent senken, wenn:

- a. während mindestens zwei Jahren die Ergebnisse der Betriebsrechnungen aller Versicherungsunternehmen nach Absatz 1 in der Summe negativ ausfallen; oder
- b. eine ausserordentlich schwierige Wirtschaftslage die Kapitalanlagemöglichkeiten wesentlich erschwert.

Geltendes Recht**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 38** Prüfung der genehmigungspflichtigen Tarife

Die FINMA prüft im Genehmigungsverfahren auf Grund der von den Versicherungsunternehmen vorgelegten Tariffberechnungen, ob sich die vorgesehenen Prämien in einem Rahmen halten, der einerseits die Solvenz der einzelnen Versicherungseinrichtungen und andererseits den Schutz der Versicherten vor Missbrauch gewährleistet. Artikel 33 Absatz 3 bleibt vorbehalten.

Art. 38**Mehrheit**

Minderheit (Gysi Barbara, Feri Yvonne, Mäder, Maillard, Mettler, Meyer Mattea, Porchet, Prelicz-Huber, Wasserfallen Flavia, Weichelt)

² Tarife für Todesfall- und Invaliditätsleistungen gelten insbesondere dann als missbräuchlich, wenn die daraus resultierenden Prämien den aufgrund der Schadenstatistik erwarteten Schaden um mehr als 100 Prozent übersteigen.

III

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Geltendes Recht

Bundesrat

Kommission des Nationalrates

**21.4338 Motion Kommission für
soziale Sicherheit und Gesundheit**

vom 28. Oktober 2021

*BVG. Ausweitung der Versicherungs-
pflicht auf mehrere Teilzeitbeschäfti-
gungen*

Der Bundesrat wird beauftragt, die Möglichkeiten, die Versicherungspflicht auf Arbeitnehmende auszuweiten, die für mehrere Arbeitgeber tätig sind, die BVG-Eintrittsschwelle aber nicht oder nur teilweise erreichen, zu prüfen und eine entsprechende Änderung des BVG vorzuschlagen.

**15.2039 Petition Verein 50plus
outIn work Schweiz**

*BVG darf nicht länger Ältere auf dem
Arbeitsmarkt benachteiligen*

Die SGK-N hat von der Petition Kenntnis genommen und sie gemäss Artikel 126 Absatz 2 ParlG behandelt.